

Verlagspreis: 21.000 — Geschäftsstelle: 15.016  
Postfachkonto: Dresden 95.14797

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden A. 16, Holbeinstr. 14

# Sächsische Volkszeitung

Wochenpreis: 21.000, halbjährlich 100.000, jährlich 190.000. — Preis für die  
einzelnen Nummern 1.000. — Die in demselben Jahrgange erschienenen, sowie durch  
den Verleger bezugsfertig sind an allen Postämtern nach. — Sperrkupon der Redaktion: 11 218 12 Uhr vorm.

Wochenpreis: 21.000, halbjährlich 100.000, jährlich 190.000. — Preis für die  
einzelnen Nummern 1.000. — Die in demselben Jahrgange erschienenen, sowie durch  
den Verleger bezugsfertig sind an allen Postämtern nach. — Sperrkupon der Redaktion: 11 218 12 Uhr vorm.

## Das Zentrum und die Beamten\*)

Von Dr. Hille, M. d. N.

Abgesehen von den genannten, sehr scharfen Eingriffen gegen einzelne führende Persönlichkeiten des Zentrums wird an der Haltung der Partei in Beamtenfragen Kritik geübt. Es ist in diesem Rahmen kaum möglich, eine vollständige Darstellung der Haltung des Zentrums in Beamtenangelegenheiten zu geben. Einige besonders wichtige Gesichtspunkte seien jedoch kurz skizziert.

Die Beamtenfrage beruht auf der inoffiziellen Haltung der Regierung, die im Monat Dezember 1920 erklärte, es sei kein Geld für eine allgemeine Erhöhung der Bezahlung der Beamten vorhanden, im Januar 1921 sich aber zu einem Zugeständnis von 3,2 Milliarden für Erhöhung der Bezahlung der Beamten bereit. Hierbei wird meist das außenpolitische Moment der Frage übersehen. Für den Reichsfinanzminister war im Dezember 1920 der Gehalt maßgebend, daß bei der Entente der Einkommensteuern vermieden werden muß, als wollten wir uns nicht genügend begründete Ausgaben unserer Wiedergutmachungsverpflichtungen entziehen. Im Januar 1921 sah sich Dr. Brüning jedoch nach seinen eigenen Angaben im Hauptausdruck einer Einheitsfront der Großorganisationen der sämtlichen Arbeitnehmer gegenübergestellt. Damit hatte die Mehrheit des deutschen Volkes die Forderung der Beamten anerkannt. Bei der gesamten Situation der damaligen Lage lag es nahe, daß die Kommunisten die Gelegenheit zu neuen Versuchen benutzen würden. Somit sah sich Dr. Brüning Staatsnotwendigkeiten gegenübergestellt. Die Entente wird ihm nicht den Vorwurf machen können, daß er nicht genügend begründete Ausgaben machte.

Wenn die Beamten der Kleinstädte und des platten Landes mit der Abstufung der Bezahlung nach Klassen unzufrieden sind und die Beamten der unteren Besoldungsklassen die gleichmäßige Erhöhung der Bezahlung für alle Besoldungsgruppen verweigern, so können die Parteien darauf hinwirken, daß zwischen Regierung einerseits und den Organisationen der Beamten andererseits feste Abmachungen vorliegen, und die Beamten werden es grundsätzlich begrüßen müssen, wenn das Parlament solche Abmachungen respektiert.

Was die Besoldungsordnung angeht, so handelte es sich hier um eine völlig unpolitische Arbeit. Bei den Beratungen im Plenum hat der Sprecher des Zentrums behauptet, daß selbst eine so unpolitische Angelegenheit wie die Eingruppierung der Beamten in die Besoldungsordnung zu parteipolitischen Auseinandersetzungen insofern Anlaß gegeben, da der Streit entbrannt sei, welche Partei am meisten für die Beamten getan habe. Er bestätigte allen Parteien, daß sie eifrig den Versuch gemacht hätten, zu einer für die Beamten annehmbaren Lösung zu kommen. Das Zentrum kann für sich in Anspruch nehmen, allen Beamtengruppen seine Fürsorge zugewendet zu haben. Wenn nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so kann das Zentrum nicht verantwortlich gemacht werden. Bei der Unzufriedenheit vieler akademischer Kreise mit dem Zentrum sei darauf hingewiesen, daß der Antrag, wonach ein Teil der Vorbereitungszeit auf das Besoldungsablenkender angerechnet wird, vom Zentrum ausgegangen ist. Der Antrag bedeutet, daß der Beamte mit akademischer Vorbildung ungefähr das Anfangsgehalt bezieht, das er erhalten hätte, wenn er entsprechend seiner Vorbildung seine Eingangsstellung in Gruppe 11 gefunden hätte. Den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsklassen, die da klagen, daß sie vielfach das Existenzminimum nicht hätten, darf entgegengehalten werden, daß die Frage des Existenzminimums durch entsprechende Befestigung der Bezahlung der Beamten zu lösen ist. Mit Rücksicht hat sich das Zentrum bei den Beratungen im 23. Ausschuss des Reichstages (Beamtenausschuss) dafür eingesetzt, daß die Reichstagsentscheidungen zu den einzelnen Besoldungsgruppen auch tatsächlich durchgeführt wurden. Insbesondere ist für völlige Gleichbehandlung der Reichs- und Landesbeamten Sorge zu tragen. Im übrigen wird ein endgültiges Urteil über die Wirkung der neuen Besoldungsordnung erst dann möglich sein, wenn der Nachtrag vorliegt. Wenn die Gemeindebeamten mit dem Sperrgesetz unzufrieden sind, so darf darauf hingewiesen werden, daß der Grundgedanke des Sperrgesetzes, nämlich gleiche Bezahlung für Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte, vorausgesetzt, daß sie gleichwertige Arbeit leisten, richtig ist. Auf Antrag des Zentrums ist in § 1 des Sperrgesetzes die Bestimmung eingeführt worden, daß bei der Beurteilung der Bezahlung alle Umstände zu berücksichtigen sind, die für die Bewertung der Eigenart des betreffenden Beamtenberufes im allgemeinen und der zu bewertenden Stellen im besonderen in Betracht kommen. Damit ist den besonderen Verhältnissen der Gemeindebeamten genügend Rechnung getragen. Die Frage der Bezüge nach unten ist in Preußen bereits gelöst. Die durch Gesetz bestimmt ist, daß die Gemeinden ihre Beamten nicht schlechter bezahlen dürfen, als die Landesbeamten

bezogen sind. Die so lange unentschiedene Frage der Bezahlungsgulagen an die Länder- und Gemeindebeamten ist gerade auf Veranlassung des Zentrums in der glücklichsten Form gelöst worden, daß das Reich 80 Prozent der entstehenden Kosten trägt.

Das Zentrum muß es ablehnen, die Verantwortung für die Regierungs- und damit Beamtenpolitik allein zu tragen. Die anderen Regierungsparteien sind genau so gut verantwortlich wie das Zentrum. Die Beamten aber schieben alles, was ihnen unangenehm ist, auf das Zentrum ab. So fiel in einer Beamtenversammlung in Dortmund von einem Beamten das Wort: „Alle Parteien haben in der Fürsorge für das Beamtenwesen versagt.“ In gleichem Sinne sagte er hinzu: „Die Beamten werden sich bedanken, Zentrum zu wählen.“ Auf den preussischen Finanzminister, der doch die gleiche Politik wie Dr. Brüning treiben muß, und dazu die preussische Politik nicht unvollständig beeinflusst, schimpft niemand. Das beweist, daß mit gemeinlichem Maß gemessen wird. Große Beamtenverbände empfinden es unangenehm, wenn der Reichsfinanzminister die Erhöhung der Bezahlungsgulagen für Beamte mit neuen Steuern in Verbindung bringt. Dabei ist der Grundgedanke: keine neuen Ausgaben ohne Deckung des besten Mittel, um die weitere Entwertung unseres Geldes zu verhüten, eine Maßnahme, die gerade im Interesse der Beamten liegt, deren Schicksal so eng mit dem des Reiches, der Länder und Gemeinden zusammenhängt. Auffälligkeit und Gerechtigkeit seien auch die Lösung für die Beamten!

## Der Drahtzieher der Erzbergerhehe gestützt

Von einer unterrichteten Seite gehen uns folgende sehr bemerkenswerte Mitteilungen zu:

Bestimmte Kreise bringen die Nachricht, daß der angelegentlich „Konsul“ Simon, der in einem großen Millionenheberzeuger verwickelt ist, sich im Auto ins Ausland begeben habe. Dieser „Konsul“ Simon hat vor einigen Wochen sich noch öffentlich und gegenüber seinen Bekannten gerühmt, daß er der Veranlasser der gegen den früheren Reichsfinanzminister gerichteten Agitation ist. Er habe keine Geldmittel gesucht, um Erzberger mit allen erdenklichen Mitteln zu belästigen, und ein großer Teil der Presse habe sich ihm zur Verfügung gestellt. Auch seine Organisation habe auch Helfertum das meiste Material gegen Erzberger erhalten. — Nun ist er im Auto ins Ausland geflüchtet, um Deutschland aus der gefährlichen Zeit nicht mehr wegzusehen. „Konsul“ Simon war bis zu seinem Verschwinden aus Deutschland nicht nur ein gefürchteter Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, sondern gab sich auch als Vertrauensmann derselben aus und schloß sich recht eingeweiht in innere Parteiverhältnisse ein. Sogar wir und diesen Drahtzieher der Erzbergerhehe etwas näher an. Zunächst nennt er sich „Konsul“, auch auf seiner Visitenkarte. Diesen Titel führt er zu Unrecht. Die Ämter des Landgerichtsrats Rammberg geben darüber Auskunft; dem dort wurde der Herr „Konsul“ bereits mehrfach wegen unbedenklicher Führung von Briefen bestraft. Er hat sich auch den Doktorhut zu Unrecht beigelegt. Während des Krieges lebte er in der Rumänienstadt eines unserer vornehmsten früheren Reichsbeamten, die ihn ein Schutzmann in Frankfurt verhafteten. Auch die Orden, die er dabei trug, hat er sich selbst beschaffen. Als in Mannheim nach der Revolution bei einem Tumult das Polizeipräsidium gestürmt wurde, und gerade die Straßengasse des Herrn Simon verhängen wurde, während die Ämter aller anderen Beamten mit dem Buchstaben S sich noch verhalten. Als die Revolution sich vollzog, stellte sich der so viel gewandte Mann der neuen Regierung zur Verfügung, die ihn aber ablehnte. Trotz seiner Ausprägungen, aus Ungehörigkeit und weiteren erkennbaren jüdischen Abstammung trug er eine Dolchschneidemaschine und verlor sie sein Auto mit einem mächtigen Hofentzug!

Durch Vermittlung eines höheren Offiziers ludte er im Sommer 1919 den Reichsfinanzminister Erzberger in Weimar zu sprechen und stellte ihm eine Forderung von circa 50 Millionen Mark für Verluste an einer Silberfabrik, bei der er interessiert war. Dieser Forderung konnte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht entgegengetreten werden. Seitdem war der „Konsul“ Simon sehr schlecht auf den Reichsfinanzminister zu sprechen. Er hat sich selbst gerühmt, daß er eine riesige Agitation gegen diesen einleiten werde und er hat nach der genannten Forderung zum Ausdruck gebracht, daß er der verhängene Leiter der ganzen Heberhege gegen Erzberger sei.

Während des Kampfes stellte er sein Auto General Ludendorff zur Verfügung, der das Auto auch benutzte. Trotz seines Auftrags wurde die von Ludendorff verlangte Kompensation dem „Konsul“ Simon nicht den angestrebten Vermögenswerten verfahren. Da so ersichtlicher war er bei den Millionenheberhegen und Vermögenswerten von Simon, um der Seite dieser Schenkungen stand ein Herr Simon, dem man nachsah, daß er 70 Millionen Mark verdient habe, und der jetzt nach Leistung von 700.000 Mark Steuern, einer im Verhältnis zu dem „Gewinn“ lächerlich geringen Summe, in ein Sanatorium übergeführt wurde, nachdem er am 8. Januar verhaftet worden war. Seine Mitarbeiter an diesem Geschäft, Marx und der eben erwähnte Simon, haben sich in den letzten Tagen zu formen ins Ausland begeben.

Dieser Mann ist der schillernde Leiter der Erzbergerhebe. Er ist der Vertrauensmann der Deutschnationalen Volkspartei. Sein Verhalten übertrifft nach dem Sinne des deutschnationalen Parteiprogramms von der Verhöhnung der Deutschnationalen Volkspartei, für die bewährtesten Preußenwägen eine Wahlkarte herauszugeben: „Auf zum Kampfe gegen die Korruption!“, in der Mitte Herrn Helfert, links Herrn van den Kerckhoff und rechts Herrn „Konsul“ Simon!

## Prälat Jacobus Scala

Vom 18. Februar vollendet in fester Mäßigkeit sein 70. Lebensjahr der hochwürdigste Herr Prälat Scala, derzeitiger Administrator des erzbischoflichen Bistums Meißen in der Lausitz und des apostolischen Vikariates in Sachsen. Der hochwürdigste Herr wurde geboren am 18. Februar 1851 zu Großwitz in der Oberlausitz. Nach den Gymnasial- und Theologiestudien zu Prag wurde er am 29. April 1878 zum Bischof Bernert im hohen Dom zu Bauen zum Priester geweiht. Die Seelsorgestätigkeit begann er am 20. Mai 1878 als Kaplan von Ralbitz. Am 24. November 1881 wurde er Domvikar und zugleich Kaplan bei „Unserer Lieben Frauen“ zu Bauen. Seit diesem Zeitpunkt also ist er in dieser Stadt das vierzigste Jahr seelsorgerisch tätig. Am 1. April 1891 wurde ihm das Pfarramt der genannten Kirche übertragen. 1895 trat er in das Domkapitel ein und übte zunächst das Amt eines Konviktschiffers aus. 1898 wählte man ihn zum Kan. Kap. Scholastikus, und 1905 wurde er zum Senior des altlehrenden und hochbetreten Domkapitels St. Petri erhoben.

Nach dem am 27. Dezember 1905 erfolgten Tode Bischof Eusebius Kutschera und nach dem Ableben Bischof Schäfers am 3. September 1914 war er bis zur Wahl des neuen Defang-Administrators des Bistums Meißen in der Lausitz.

Zum dritten Male trägt der hochwürdigste Herr Senior die Last dieses Amtes jetzt nach dem Tode des von und immer noch schmerzlich vermissen Bischofs Löbmann. Laut Dekret vom 7. Januar 1921 erstreckt sich diesmal die Jurisdiktion auch über das apostolische Vikariat Sachsen.

1909 erhielt der hochwürdigste Herr Administrator die Würde eines Geheimkammerers Papst Pius X. und 1914 eines Hausprälaten Sr. Heiligkeit Papst Benedikts XV.

Während der Sedisvakanz 1903/1906 und 1914 war er als Vertreter des Domstiftes Mitglied der früheren Ersten sächsischen Ständekammer.

Kennzeichnend sind für den 70jährigen Herrn eine seltene geistige und körperliche Elastizität, Kraft zu vielfältiger Arbeit und vorbildliche rege Betätigung auch in der kleinen Seelsorge, Fleiß und Krankenbesuch, dazu einfaches Gebahren und Lebenswürdigkeit im Umgang mit jedermann.

Gebt Gott Herrn Prälaten Scala Kraft für sein gegenwärtiges Amt und für noch weiteres langes Wirken zum Segen der katholischen Kirche in Sachsen!

## Zur Parität im Zentrum

Im Wahlkampf in Preußen erhält die Zentrum-Parlamentarier-Verbindung 2-1 Mehr, aus denen wir das Nachstehende zum Ausdruck bringen möchten:

„Der Wahlkampf zeigt zwischen eigentlichen Wählern: Darüber braucht man sich nicht weiter zu wundern. Alle Parteien haben sich gegenseitig zu überbieten in der Aufzählung ihrer eigenen Vorzüge und der gegnerischen Fehler. Daß man sich aber nicht selbst, auch der feinsten Feinde zu überlassen, das ist ein höchstes Ziel, besonders in einem Kampfe, da uns die Zusammenfassung aller christlichen Kräfte so viel nützt. Es ist uns evangelischen immer gelagt worden, wir könnten uns jeder Partei anschließen, wie sollen wir Sorge tragen, daß wir unsere Interessen in ihr zur Geltung bringen. So hoch es auch auf dem offiziellen evangelischen Straßentage in Dresden. Trotzdem freut sich ein Teil unserer evangelischen Glaubensgenossen nicht, uns als Abtrünnige hinzustellen. Wir würden uns gern in evangelischen Wählern mit diesen Leuten anschließen, aber leider können wir nicht, die in Betracht kommenden Angelegenheiten. In unserer Gegenwart und Freude wählen wir aber immer wieder erfahren, daß die Zentrumspolitiker, die doch in manchen Dingen überwiegend von katholischen geistlichen werden, sich unserer Beiratsfunktion annehmen, wie wir auch in den Zentrumsbereichen stets mit größter Hochachtung und Achtung behandelt werden. So habe ich von mehreren Zentrumsbereichen angehört, ob ich lieber nach W. Weg. Heberast habe ich ein wirklich schönes, christliches Leben gefunden, nirgendwo aber etwas, was mich als Evangelischen hätte wecken können, oder was ich nicht hätte mitmachen können. Gerade: auch die Herren Geistlichen waren äußerst rüchrichtig. Daß aber das politische Wirken des Zentrums nicht konfessionell ist, ist so bekannt, daß ich darüber nicht zu schreiben brauche. Das werden andere viel besser darlegen können. Meine evangelischen Arbeitskollegen, wenigstens die verständlichen unter ihnen, sind längst an ihren post Teil sehr radikalen Parteien ihre geworden. Nur ich lasse sie nicht aus. Während der 1914 Jahre in meiner letzten Vereinarbeit kam ich aber doch allmählich zu weit, daß sie ernstlich überlegen, wenn ich beabsichtige, ob ich nicht, im Zentrum möchte mancher schon mitmachen...“

„... Daß die Zentrumspartei konfessionell ist, ist in allen Stadien der Reden, fast unterstellt von evangelischen Kreisen. Die Leute glauben ja selbst nicht an ihre Zusammengehörigkeit. Man tut am besten, wenn man sich an dieses Gefühl gar nicht kümmert und ruhig seinen Weg weitergeht. So wie ich, denken viele evangelische Geistliche. Wir wählen Zentrum, möchten und wegen unserer Amtes aber nicht in den politischen Kampf führen...“

\*) Siehe „Sächs. Volkszeitg.“ Nr. 24 vom 11. Februar 1921.